

Bewerbung

zur Aufnahme in die Vorschlagsliste der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, die am Sozialgericht Bremen in der Amtsperiode 2024 bis 2029 und die am Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen jeweils in den Kammern bzw. Senaten für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes mitwirken

Hinweis: Die berufenen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter werden zunächst am Sozialgericht Bremen eingesetzt und können nach einer Tätigkeit von fünf Jahren als ehrenamtliche Richterin oder ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Bremen an das Landessozialgericht Bremen-Niedersachsen berufen werden.

An den

Magistrat der Stadt Bremerhaven
-Rechts- und Versicherungsamt-
Hinrich-Schmalfeldt-Str. 38
27576 Bremerhaven

Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht Bremen und am Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen für die Amtsperiode 2024 bis 2029

Angabe der notwendigen Daten und Versicherung nach § 44a Deutsches Richtergesetz (DRiG), §§ 16 f. Sozialgerichtsgesetz (SGG)

Ich möchte in die Vorschlagsliste des **Sozialgerichtsbezirks** Bremen aufgenommen werden.

Angaben zur Person

Anrede	Name, ggf. Geburtsname	Vorschlagsträger	
Vorname/n			
Geburtsort (Gemeinde/Kreis)		Geburtsdatum	
Beruf (ausgeübte Tätigkeit)			
Straße/Hausnummer		Postleitzahl	Ort
Telefon (freiwillige Angabe)		E-Mail (freiwillige Angabe)	

Bitte kreuzen Sie die nachfolgenden Fragen an, wenn die Aussage auf Sie zutrifft:

- Ich habe nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen.
- Ich war nicht als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des § 6 Abs. 4 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes tätig und bin nicht eine diesen Mitarbeitern nach § 6 Abs. 5 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichgestellte Person.
- Ich bin Deutscher.
- Ich bin nicht wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe (auch nicht auf Bewährung) von mehr als 6 Monaten verurteilt worden.
- Ich besitze das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag.
- Ich bin nicht in Vermögensverfall geraten.
- Mir fehlt nicht infolge eines Richterspruchs die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter.
- Ich bin nicht wegen einer Tat angeklagt, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.
- Ich bin nicht Mitglied im Vorstand von Trägern und Verbänden der Sozialversicherung, der Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen oder der Bundesagentur für Arbeit.

Ich begründe die Bewerbung für das Amt wie folgt (freiwillige Angabe):

Ich willige in die Verarbeitung meiner Daten wie folgt ein:

- Veröffentlichung der Vorschlagsliste mit Familiennamen, Vornamen, gegebenenfalls einen vom Familiennamen abweichenden Geburtsnamen, Geburtsjahr, Wohnort einschließlich Postleitzahl sowie Beruf) im Internet;
- Kontaktaufnahme über Telefon zur Abklärung von Rückfragen im Rahmen des aktuellen Wahlverfahrens;
- Kontaktaufnahme über E-Mail zur Abklärung von Rückfragen im Rahmen des aktuellen Wahlverfahrens;
- Speicherung meiner oben angegebenen Daten, um auf sie in zukünftigen Wahlverfahren zurückgreifen zu können (beispielsweise zwecks Nachfrage, ob Interesse an einer zukünftigen Verwendung als ehrenamtliche Richterin oder ehrenamtlicher Richter besteht).

Die Einwilligung kann jederzeit – auch einzeln – widerrufen werden. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Die Bewerbung um Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht Bremen ist unabhängig von der Einwilligung.

.....

(Ort/Datum, Unterschrift)

Wird vom Rechts- und Versicherungsamt ausgefüllt:

Eingang

Hinweis:

Erfassung: